

Eigentor für Deutschland? Die Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und ihre Folgen für den deutschen Arbeitsmarkt

Lemmen, Sarah

Veröffentlichungsversion / Published Version

Diskussionsprotokoll / discussion protocol

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lemmen, S. (2008). *Eigentor für Deutschland? Die Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und ihre Folgen für den deutschen Arbeitsmarkt.* (DGAPaktuell, 5). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-129238>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Eigentor für Deutschland?

Die Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und ihre Folgen für den deutschen Arbeitsmarkt

Die deutsche Bundesregierung steht vor der Entscheidung, ob die Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die 2004 der EU beigetretenen Staaten im nächsten Jahr aufgehoben oder um weitere zwei Jahre verlängert wird. Die Zeichen stehen für eine Verlängerung der Beschränkung bis 2011 – die Argumente nicht.

Eine Arbeitsgruppe des Deutsch-Tschechischen Gesprächsforums lud Vertreter aus der Politik sowie von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden aus Deutschland und der Tschechischen Republik zum Gespräch, um anhand des deutsch-tschechischen Beispiels die Frage der Arbeitnehmerfreizügigkeit aus verschiedenen Perspektiven zu erörtern. Während die deutsche Bundesregierung sowie die Gewerkschaften für eine Verlängerung der Arbeitsmarktbeschränkung plädieren, ist sowohl seitens der Arbeitgeber von deutscher und tschechischer Seite als auch von der tschechischen Politik die Forderung nach Öffnung des Arbeitsmarktes eindeutig.

Übereinstimmend beurteilten alle beteiligten Diskutanten die »Fakten« bezüglich der Folgen einer möglichen Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes. Eine »Bedrohung« für den deutschen Arbeitsmarkt durch tschechische Arbeitnehmer ist nicht zu erwarten. Die bisherige Arbeitsmobilität nach Deutschland und in andere EU-Staaten, steigende Löhne in Tschechien sowie die verbesserte Situation auf dem tschechischen Arbeitsmarkt weisen darauf hin, dass ein größerer Andrang auf den deutschen Arbeitsmarkt nicht zu befürchten ist.

Dieses Argument ließ auch Kajo Wasserhövel, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und Soziales, gelten. Dennoch plädierte er eindeutig für eine Verlängerung der Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit über 2009 hinaus. Schon 2005 wurde diese Weisung auf der Basis der damaligen Arbeitsmarktsituation in

den Koalitionsvertrag aufgenommen. Er verwies auf die »Angst in den Köpfen« der Bevölkerung vor einer Öffnung des Arbeitsmarktes, auf die einzugehen sei. Eine vorschnelle Entscheidung würde populistischen Vorstößen von rechts und von links Vorschub leisten. Deshalb plädierte er dafür, unterstützt von Helmut Fiedler, Regionsvorsitzender des DGB Oberpfalz, die verlängerte Übergangsphase für eine gründliche Vorbereitung und Aufklärung in der Öffentlichkeit zu nutzen.

Die Bundesregierung steht mit ihrer voraussichtlichen Entscheidung, die Arbeitnehmerfreizügigkeit weiterhin zu beschränken, fast allein da. Länder wie Großbritannien und Irland haben schon früh ihre Arbeitsmärkte für die neuen EU-Mitglieder von 2004 geöffnet. Auch Frankreich zieht jetzt nach und hat die letzten Barrieren mit dem Beginn seiner EU-Ratspräsidentschaft zum 1. Juli 2008 fallen gelassen. Damit gehören Deutsch-

land und Österreich zu den letzten EU-Ländern, die die Arbeitsmarktbeschränkungen aufrechterhalten. Deutschland droht hier ins Hintertreffen zu geraten und die Chance zu verpassen, einen Teil der gut ausgebildeten Arbeitnehmer für den eigenen Arbeitsmarkt zu gewinnen. Detlef Wittig, Volkswagen AG, wies auf eine weitere Gefahr hin, wenn Beschränkungen nur in einem Teil der EU gelten. Das könne dazu führen, dass die Arbeit zu den Arbeitnehmern gehe. Solche Prozesse verursachen langfristige Folgen zulasten von Deutschland.

Warnende Stimmen gibt es dennoch. Es wurde darauf hingewiesen, dass auch die Öffnung des Arbeitsmarktes nicht alle Probleme bezüglich des sich in Deutschland abzeichnenden Fachkräftemangels lösen könne. Vielmehr solle mehr in den Bereich der Aus- und Weiterbildung investiert werden.

Von tschechischer Seite wurde an die europäischen Werte und Grundfreiheiten erinnert, zu denen auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie die Dienstleistungsfreiheit gehören. Mit einer Verlängerung der Beschränkung, so der tschechische Minister für Arbeit und Soziales, Petr Nečas, werden Tschechen zu EU-Bürgern »zweiter Klasse« degradiert. Dabei stellte er in Aussicht, dass eine solche Entscheidung auf europäischer Ebene erheblichen politischen Schaden anrichten könne. Von deutscher Seite wurde darauf verwiesen, daß bereits gegenwärtig das Genehmigungsverfahren zum Erhalt einer Arbeitserlaubnis äußerst großzügig gehandhabt werde; die vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten würden im Interesse der Arbeitnehmer bzw. der Arbeitskräfte Suchenden genutzt. Diese – zweifelsfrei sinnvolle – Aufweichung der Mobilitätsbarrieren verdeutlicht jedoch die Widersprüchlichkeit einer fortdauernden Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Zum Schluss bleibt die grundlegende Frage, ob die Verlängerung der Arbeitsmarktbeschränkungen, die einen langen Schatten auf die Beziehungen mit den öst-

lichen Nachbarländern wirft und deren wirtschaftlicher Nutzen zumindest umstritten ist, sich als »Schonfrist« für die nächsten 23 Monate auszahlt oder ob damit eine unausweichliche Entscheidung nur hinausgezögert wird. Denn dass auch der deutsche Arbeitsmarkt für die EU-Beitrittsländer von 2004 spätestens im Jahr 2011 geöffnet wird, steht fest. Der politische Schaden auf europäischer Ebene, besonders aber in den bilateralen Beziehungen ist zwar nicht direkt messbar, aber voraussehbar. Auch innenpolitisch ist eine solche Entscheidung nicht nachzuvollziehen. Wenn die durch eine verlängerte Übergangsregelung »gewonnene« Zeit der Vorbereitung auf die Arbeitsmarktöffnung dienen soll, dann stellt sich die Frage, warum damit nicht früher begonnen wurde. Anstelle von einseitigen Beschränkungen schlägt die Arbeitsgruppe des Deutsch-Tschechischen Gesprächsforums eine grenzüberschreitende, gemeinsame Standortpolitik beider Länder vor. Die Zeit drängt. Und die Schwierigkeiten werden nicht geringer, wenn sie ausgesessen werden.

Die Podiumsdiskussion zum Thema »Mobilität und Arbeitsmigration – eine Herausforderung für die deutsch-tschechische Nachbarschaft?« fand am 31. Mai 2008 als Abschlussveranstaltung eines Projektes des Deutsch-Tschechischen Gesprächsforums in den Räumlichkeiten der DGAP statt.

Finanziert wurde die Veranstaltung von der Robert Bosch Stiftung, dem Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds sowie Škoda Auto. Betreut und koordiniert wurde sie durch das Zentrum für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung der DGAP.

Diskutanten:
RNDr. Petr Nečas, Minister für Arbeit und Soziales der Tschechischen Republik
Kajo Wasserhövel, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Helmut Fiedler, Regionsvorsitzender des DGB Region Oberpfalz
Pavel Kafka, Siemens s.r.o. und Vizepräsident des tschechischen Industriearbeitgeberverbandes
Detlef Wittig, Volkswagen AG

Bericht: Sarah Lemmen